

Jochen Körtner

Modern Times ++

<i>Einleitung</i>	1
<i>Die sieben Leben des Neoliberalismus</i>	1
<i>Fordismus</i>	3
<i>Der Übergang zum High-Tech Kapitalismus</i>	4
<i>Die Folgen neoliberaler Globalisierung</i>	5
Standortkonkurrenz	5
Technische Arbeitslosigkeit	6
Schuldenfalle und Migration	6
<i>Die Verantwortung der Linken</i>	7
<i>Literatur</i>	8

Einleitung

Im Rahmen des Themas 'Globalisierung' widmet sich dieser Teil der Theorie vom Übergang zur Produktionsweise des 'Transnationalen High-tech Kapitalismus', der nach W.F. Haug ein wesentlicher Grund für die derzeit stattfindenden weltweiten wirtschaftlichen und politischen Veränderungen darstellt, die sich unter dem Begriff der 'Globalisierung' subsumieren.

Wolfgang Fritz Haug ist Philosoph und 'Marx-Experte' und wurde Anfang der 70iger Jahre durch seine 'Vorlesungen zur Einführung ins Kapital' bekannt, die seinerzeit von vielen Studenten als Begleitmaterial zu deren Kapital-Lesegruppen verwendet wurde. Es folgten Arbeiten zur Ideologietheorie und zur Warenästhetik. Haug ist einer der Gründer und Herausgeber der Zeitschrift 'Das Argument' (sowie des gleichnamigen Verlags), in der auch die meisten seiner Veröffentlichungen erscheinen. Er gilt als unorthodoxer, kritischer Marxist. Seine Vorstellungen von einem modernen Marxismus hat er unter dem Titel 'Pluraler Marxismus' veröffentlicht. Besondere Hoffnungen hatte Haug mit der Perestrojka Michael Gorbatschows verbunden, in der er die Möglichkeit einer sozialistischen Alternative jenseits des Staatssozialismus sah.

Die sieben Leben des Neoliberalismus

Beginnen wir mit einer kleinen Dekonstruktion des Globalisierungsbegriffs.

"Regierungen und Medien sprechen von Globalisierung, als wäre es ein Naturprozess, dem man sich um jeden Preis anzupassen hat. In gleicher Weise reden sie für gewöhnlich vom Markt. Wenn in den siebziger und achtziger Jahren die Rede von den Japanern war, deren Konkurrenz 'uns' zwingt, alle sozialen Energien und Institutionen zu mobilisieren und zu modifizieren, so wurde Japan im Diskurs der neunziger Jahre zur 'lahmen Ente' des Weltkapitalismus. Nun trat an die Stelle des Schreckenswortes 'die Japaner' das neue Wort 'Globalisierung'. Im Namen der globalisierten Märkte forderte man die Abschaffung der Sozialkompromisse, die im 'Goldenen Zeitalter' (Lipietz) des Fordismus geschlossen worden waren. Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung, so hießen die Ziele, Bereicherung der Reichen, Verarmung der Armen, kurz, Entsozialisierung der Gesellschaften, so sahen die Effekte aus" (NIN, S.437).

Dieser Globalisierungsdiskurs verdeckt die Tatsache, dass es sich dabei um einen Prozess handelt, der sich ursprünglich gar nicht unabhängig von der Politik entfaltet hatte.

Globalisierung ist ein Deckwort, hinter welchem sich eine bestimmte Politik versteckt, die des Neoliberalismus (ironisch auch Markt-Fundamentalismus).

"Unter diesem Firmenschild gruppieren sich eine Reihe spezieller Theorien und Wirtschaftspolitiken, aber im Kern geht es um den Rückzug des Staates aus der Ökonomie, einerseits in der Form der Privatisierung, andererseits der Deregulierung, sodann um eine Politik des harten Geldes, gegen keynesianische Modelle, und, last but not least, um eine aggressive Freihandelspolitik gegen nationale Entwicklungspolitiken, die mit Hilfe etwa von Schutzzöllen und Subventionen den Übergang zur Industriegesellschaft vor der haushoch überlegenen Weltmarktkonkurrenz schützen" (NIN, S.437f.).

Seine theoretischen Wurzeln hat der Neoliberalismus in Deutschland.

"Auch wenn der Neoliberalismus zuerst in Chile zugeschlagen hat (1973), sich des militärischen Armes von Pinochet bedienend, um den wirtschaftspolitischen Arm der Chicagoer Schule zum Zuge kommen zu lassen, führt die ideologische Spur nach Deutschland. Der Prophet des Neoliberalismus ist Friedrich August von Hajek, der, 1899 in Wien geboren, nach Stationen an der London School of Economics (1931-50) und der Universität Chicago (1950-62), 1962 zum Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an die Universität Freiburg berufen wurde. Er wurde zum 'Vater der Freiburger Schule', aus der, nebenbei bemerkt, die Wirtschaftsredaktion der Frankfurter Allgemeinen ihre Orientierungen bezieht. (...) Er hat 1947 zusammen mit Wilhelm Röpke 'die geistige Elite von liberalen Akademikern aus der westlichen Welt in der Mont Pélerin Society vereinigt« (Seuß 1980), deren Präsident er lange war und die regelmäßig Kapitalvertreter mit Politikern und Ökonomen zusammenbringt. 1974 erhielt er zusammen mit Gunnar Myrdal den Nobelpreis. Seine Lehre ist in eine umfassende, allerdings recht primitive Philosophie eingebettet und lässt sich als institutionsorientierte Abwandlung des Sozialdarwinismus begreifen. Wo Darwin die Arten und ihre Entwicklung durch Selektion und *survival of the fittest* erklärt, ersetzt er 'Arten' durch 'Institutionen': die leistungsfähigere Institution überlebt, die schwächere stirbt aus, und die Parteilichkeit dieser Philosophie gilt entschieden den 'Evolutionsgewinnlern'. Zugleich mit dem evolutionistischen Institutionalismus vertritt Hajek 'die individualistische Theorie der Gesellschaftswissenschaften, die darauf beruht, dass sie nicht von Ganzheiten, 'Kollektiven' als handelnden Objekten ausgehen darf, dass sie vielmehr versuchen muß, die Strukturen des Zusammenspiels der vielen einzelnen zu erfassen' (Seuß 1980): Wo Adam Smith die 'unsichtbare Hand' eingeführt hat, um den Fortschritt als Resultat des freien Marktes zu denken, da verstärkt Hajek diesen Gedanken zum regelrechten Verbot, gleichsam mit der sichtbaren Hand einzugreifen und hierfür zunächst den Kopf zu benutzen und das Denken anzustrengen. Für ihn ist bewusste Planmäßigkeit - natürlich nur außerhalb der Konzerne - so etwas wie Frevel. Selbst Parlamentarismus stellt eine Gefahr für die Marktfreiheit dar, da die Parlamentarier die an sie delegierte Volkssouveränität dahingehend 'missverstehen' können, dass sie über die Gesetzgebung ins Marktgeschehen regelnd, 'humanisierend' oder gar sozialisierend eingreifen. So ist der mörderische Putsch in Chile gegen Salvador Allendes Unidad Popular mit Hajeks Denken gerechtfertigt worden (WDN, S. 174f.).

Die Politik des Neoliberalismus wurde seit dem Ende der 70er Jahre, angefangen mit Reagan und Thatcher, in den meisten Industrienationen betrieben. War zunächst die Deregulierung der internationalen Finanzmärkte das Hauptziel neoliberaler Politik, so richtete sie sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zunehmend auf die Zerstörung der nationalen Entwicklungsregime in den 'unterentwickelten' Teilen der Welt sowie der sozialen Sicherungssysteme in den kapitalistischen Zentren.

Die Konsequenzen dieser Politik haben grosse Teile der Bevölkerungen gegen die jeweiligen Regierungen aufgebracht.

"Die neoliberale Revolution fraß ihre Väter. Fast überall in der Europäischen Union (...) hatten nach wenigen Jahren die vermeintlichen Konservativen, die in Wahrheit die Rezepte der neoliberalen 'Revolution' befolgten, die Wahlen zu Gunsten der Sozialdemokraten verloren. Doch alsbald wurde die Welt Zeuge eines Phänomens, das an Sigmund Freuds Beschreibung der 'Wiederkehr des Verdrängten' erinnerte: Clinton, Blair, Schröder und tutti quanti praktizierten nicht weniger neoliberale Politiken als ihre Vorgänger - im deutschen Fall sogar, nach Herausdrängung Oskar Lafontaines, erst richtig neoliberal, über das Maß der Regierung Kohl hinausgehend" (NIN, S.438)

Wie war es möglich, dass sich der Neoliberalismus trotz dieser Misserfolge zum hegemonialen Diskurs entwickeln konnte, der inzwischen mit politischer bzw. ökonomischer Vernunft gleich gesetzt wird?

Zur Beantwortung dieser Frage verweist Haug auf fundamentale Veränderungen der Produktionsweise der entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften, die er als Übergang vom 'Fordismus' zum 'transnationalen High-Tech Kapitalismus' bezeichnet. Das Versagen der Linken und insbesondere der Gewerkschaften, den hierdurch entstehenden neuen Realitäten angemessene politische Konzepte zu entwickeln, macht er für den Siegeszug des Neoliberalismus (zumindest mit-) verantwortlich. Grund genug, sich diese Veränderungen etwas genauer anzusehen.

Fordismus

Der transnationale High-Tech Kapitalismus löst nach Haug die Produktionsweise des 'Fordismus' ab, ein Begriff der von Antonio Gramsci geprägt wurde.

Gramsci war seit ihrer Gründung 1921 ein führendes Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens und wurde 1926 von den Faschisten ins Gefängnis geworfen, wo er 1937 starb. Gramsci begriff seine Epoche als die des krisenhaften Übergangs zum Fordismus. Der Faschismus z.B. erschien ihm als eine Form des nachholenden Fordismus.

Die Leittechnologie des Fordismus ist das Fließband. Als kennzeichnend gelten taylorisierte Arbeitsorganisation (daher der Name, Henry Ford), Massenproduktion und Massenkonsum, Vollbeschäftigung.

"Als allgemeines Prinzip der Arbeitsorganisation (oder 'industrielles Paradigma') war Fordismus Taylorismus plus Mechanisierung. Taylorismus implizierte eine strenge Trennung zwischen der Konzeption des Produktionsprozesses einerseits und der Ausführung von standardisierten und vorher festgelegten Aufgaben in der unmittelbaren Produktion andererseits. Als makroökonomische Struktur (oder 'Akkumulationsregime') bedeutete Fordismus, daß die Produktivitätszuwächse, die sich aus diesen Organisationsprinzipien ergeben, einerseits in ein aus Profiten finanziertes Wachstum der Investitionen und andererseits in ein Wachstum der Kaufkraft der Arbeiterlöhne umgesetzt werden. Als System der Spielregeln (der 'Regulationsweise') bezeichnete er Lohnverhältnisse mit langfristigen Arbeitsverträgen, mit streng reglementierten Entlassungsregeln und einem programmierten Lohnwachstum, das sich aus einer Indexierung an Preisen und am allgemeinen Produktivitätswachstum ergab. Darüber hinaus sichert eine umfangreiche Sozialisierung der Einkommen durch den Sozialstaat ein Mindesteinkommen für Lohnabhängige" (PP, S.697).

Erwähnt seien auch die Wechselwirkung der fordistischen Akkumulationsweise mit Kultur, Lebensweise und Charakterformen. Als Tugenden gelten Fleiß, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, etc. Der Supermarkt oder der Breitensport lassen sich ebenso als Widerspiegelungen fordistischer Prinzipien verstehen, wie bestimmte Aspekte der urbanen Architektur. Haug veranschaulicht dies beispielhaft am World Trade Center:

"Die Türme (...) repräsentieren das Prinzip der fordistischen Moderne: ihre Struktur ist additiv auf Grundlage zentraler Träger und Versorgungselemente. Die Aufstockung der Etagen erfolgt monoton-repetitiv nach Regeln standardisierter Massenproduktion. Die Aufzüge sorgen dafür, dass sich der Personenverkehr in die Stockwerke und zwischen ihnen wie am Fließband vollzieht. Alle Abteilungen sind für die Büroboten mit ihren Aktenwagen erreichbar. Die Höhe, die sich aus der Menge der addierten Geschosse ergibt, übersetzt die Macht eines Generalstabs in die architektonische Sprache einer räumlichen Artikulation. Das stammt aus der Zeit der Schreibmaschine und der Rohrpost, der unmittelbar als hard-copy erstellten Entwürfe, die als solche noch Originale im auratischen Sinn waren" (NIN, S. 444)

Während der 70er Jahre geriet das fordistische System allmählich in eine Krise. Diese äußerte sich in Form eines nachhaltigen Sinkens der Profitabilität der großen Unternehmen.

Die Ursachen für diese Sinken wurde zunächst in der Situation der Vollbeschäftigung gesucht.

"Die Profit-Klemme war das Ergebnis von dauerhafter Expansion und von Vollbeschäftigung. Darüber hinaus hat der Sozialstaat stark die Kosten des Arbeitsplatzverlustes reduziert (...) Profite waren zu niedrig, weil Arbeiter (und Rohstoffexporteure) zu mächtig waren, und dies hatte seinen Grund wiederum darin, daß die Spielregeln zu 'rigide' waren. Mit anderen Worten, der 'rigide' soziale Kompromiß mußte aufgekündigt werden" (PP, S.698).

Dieser Analyse verdankt sich der Wechsel von der Nachfrage- zur Angebotsorientierten Wirtschaftspolitik (nach damaligem Sprachgebrauch), d.h. es wurden niedrigere Löhne, Sozialabbau und 'Flexibilisierung' des Kündigungsschutzes gefordert.

"Die Löhne wurden zusehends von der nationalen Nachfragequelle zum Kostenfaktor in der internationalisierten Produktion umbestimmt, und das Geld zirkulierte immer ausgiebiger als internationales Zahlungsmittel, so dass das keynesianische nationale Nachfragemanagement auch hier nicht mehr ansetzen konnte" (NF, S. 17)

Eine weitere Erklärung, der später vor allem von großen Unternehmen in Japan, Deutschland und Schweden gefolgt wurde, macht die schwindende Effizienz der tayloristischen Prinzipien selbst für den Fall der Profitraten verantwortlich.

Die tayloristische Arbeitsorganisation "eignet sich gut dafür, daß das Management Kontrolle über die Arbeitsintensität hat. Aber eine größere 'verantwortliche Autonomie' der unmittelbaren Produzenten kann zu einem überlegeneren Organisationsprinzip führen, vor allem dann, wenn neue Technologien oder 'just-in-time'-Managementmethoden die Einbindung der geistigen Fähigkeiten der unmittelbaren Produzenten und deren bereitwillige Kooperation mit Management und Ingenieuren erfordern" (PP, S.699).

In dem Maße, in dem die 'Neuen Technologien' an Bedeutung gewannen, verschoben sich die Qualifikationsanforderungen in Richtung auf die Bewältigung verantwortlicher und kreativer Aufgaben.

Der Übergang zum High-Tech Kapitalismus

Ein Ausweg aus der 'Profit-Klemme' zeichnete sich mit dem Ende der 70er Jahre ab, als ausgehend von der Entwicklung der Mikroelektronik ein Schub in der Entwicklung der Produktivkräfte einsetzte, welcher nicht weniger als eine qualitative Veränderungen der Produktionsweise nach sich zog.

"Der Zusammenschluss elektronischer Datenverarbeitung mit Mess- und Regeltechniken auf Grundlage der fortgeschrittenen Mechanisierung hat zunächst die, wenn man so will, lokale Automatisierung der Produktion in Gang gesetzt. Sie hat im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts die im Fordismus massenhaft vorherrschende standardisierte und taylorisierte Fließbandarbeit zu einer Randerscheinung degradiert. Die Integration von Rechentechniken und satellitengestützten Dispositiven der Kommunikation hat inzwischen einen qualitativen Sprung des Kapitalismus bewirkt: Elektronische Datenverarbeitung plus erdumspannende Datenfernübertragung hat den »Big Bang« nicht nur der Börse, sondern, in Verbindung mit der Automation, vor allem der transnationalen Unternehmensführung bewirkt. Sie lässt das Informations- und Dispositionsmedium der letzteren gleichsam wie eine stehende Welle den Globus umspannen. Irdische Entfernungen, überbrückt in Lichtgeschwindigkeit, bedeuten keinen hinderlichen »Zeitverlust«. Eine Zeitung kann in den USA gesetzt und umbrochen und unmittelbar danach in Europa und Asien gedruckt werden. Die organische Zusammensetzung der Gesamtarbeit und vor allem die geographische Verteilung ihrer unterschiedlichen Teilfunktionen machen einen Verwandlungsschub durch. Die Trennung von dispositiver ('geistiger') und exekutiver (vormals dominant 'körperlicher') Arbeit erhält globale Relevanz. Eine bisher ungekannte operative Beweglichkeit des Konzernhandelns verändert Bedingungen und Formen der Austragung von Interessengegensätzen: Die transnationalen Konzerne vermögen lokale Verwertungshindernisse (etwa Streiks der Lohnarbeiterschaft oder wirtschafts-, sozial- und umweltpolitische Regulationsmaßnahmen der nationalen Regierungen) bis zu einem bestimmten Grad flexibel zu

umgehen, indem sie Aufträge innerhalb eines in viele Standorte global auseinandergelegten materiellen Dispositivs verschieben. Dabei sind für sie nicht einmal mehr die Konzerngrenzen unüberschreitbar. Das Profitinteresse emanzipiert sich ein Stück weit von der Schwerfälligkeit des eigenen fixen Kapitals. Konkurrenz verändert ihren Sinn. Fremdkonkurrenz wird in den in Profitzentren zerlegten Eigenbetrieb hineingelenkt. Die Produkttiefe verliert an Bedeutung. »Strategische Allianzen« mit komplementär positionierten Konkurrenten tragen auf andere Weise dazu bei, die Bedeutung von Unternehmensgrenzen zu relativieren, um globale Handlungsfähigkeit der Kapitale zu bilden." (GRA, S. 70f.).

Der Wandel der Produktionsweise unter dem Einfluss der 'Neuen Technologien' lässt auch ein neues Anforderungsprofil an die Fähigkeiten, Eigenschaften und Haltungen des 'idealen' Lohnabhängigen entstehen. Statt Fleiß, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit gewinnen Tugenden wie Flexibilität, Lernbereitschaft, Kreativität, etc. an Bedeutung. So erscheint einigen die Figur des 'Hackers' als ideale Personifizierung eines Lohnarbeiters 'neuen Typs'.

"Die Neoliberalen fasziniert an dieser Gestalt das Do-it-yourself der Aneignung von Qualifikationen, deren Vermittlung vormals gesellschaftliche Funktion war". Die Kultur der Hacker " ist eine 'Mischung aus Spiel und Lehrzeit'. Sie bilden einen besonders reichhaltigen Pool, in dem die neuen Wissen ausgebrütet und auf aktuellstem Stand gehalten werden. Die Unternehmen tun dies nur partiell, die Universitäten und Hochschulen nicht minder. 'Die Ausbildung von Technikern, Programmierern, von Profis mit Ideen in dem neuen Universum verläuft größtenteils autonom und informell'. 'Es gibt keine formelle Bildung, weder privat noch öffentlich, die diese Flexibilität haben kann. Es gibt keinerlei Instanz, die eine entsprechende Investition in Zeit und Anstrengungen finanzieren würde.' Der Hacker dieses interessierten Wunderlandbildes zeigt sich als neoliberales Persönlichkeitsideal. Er ist die personifizierte Deregulation und Privatisierung der Chancen und Lasten, zumal er in der Zeit des Übergangs zur hochtechnologischen Produktionsweise noch durchschnittlich jung ist und nicht an Sozialversicherung denkt. Seine Qualifikationen aber kann das Kapital sich fix und fertig gratis aneignen. (...) Man kann es kaum besser als mit Marx sagen: Mit dem Aufkommen der hochtechnologischen Produktionsweise erschienen einmal mehr neue 'Kräfte und Leidenschaften' im Schoße der Gesellschaft, 'welche sich von ihr gefesselt fühlen' (K 1, MEW 23, 789) nur dass es diesmal der sozial-liberale Wohlfahrtsstaat ist, durch den sie 'sich gefesselt fühlen'. Der Block aus Konservativen und Neoliberalen aber tritt auf als Entfessler der gefesselten Kräfte und Leidenschaften" (WDN, S. 185f.).

Die Folgen neoliberaler Globalisierung

Der durch die 'Neuen Technologien' gewonnene strategischen Vorteil der transnationalen Unternehmen zerstört die gewohnte Triade Kapital, Staat und Gewerkschaften und mündet in eine Art globaler Standortkonkurrenz, in der Nationalstaaten bzw. Regionen und Lohnabhängige um Unternehmen bzw. Arbeitsplätze konkurrieren. Unter Voraussetzung, dass drei Bedingungen erfüllt sind, (a) Deregulierung der internationalen Finanzmärkte (freier Kapitalfluss), (b) Eigentumsschutz an getätigten Investitionen ('Investitionssicherheit', 'Patentschutz') und (c) Öffnung der Märkte (durch Abbau von Handelsbarrieren, Schutzzölle, etc.), geraten die transnational positionierten Unternehmen in eine Situation, in der sie (National-)Staaten und Gewerkschaften quasi die Bedingungen diktieren können.

Standortkonkurrenz

Nationalstaaten - und zunehmend auch Regionen - konkurrieren weltweit um die Ansiedlung von Unternehmensniederlassungen, deren Arbeitsplätze und Steuerzahlungen sie benötigen. Dadurch geraten politische und rechtliche Rahmenbedingungen wie Steuersätze, Arbeits- und Kündigungsschutzgesetze, Umweltschutzauflagen, etc. unter den Druck von Angebot und Nachfrage.

"Oskar Negt hat das allgemeine Problem mit einem besonders schlagenden Beispiel illustriert: Siemens, einer der größten transnationalen Konzerne Deutschlands, hat seinen Umsatz in den letzten Jahren verdoppelt, während das Steueraufkommen, das Siemens an den deutschen Staat entrichtete, in derselben Zeit auf die Hälfte zurückging - proportional also auf ein Viertel" (ARB, S. 191)

Gleichermaßen betroffen sind die Gewerkschaften, die nach wie vor ausschließlich national agieren. Vor allem unqualifizierte oder wenig qualifizierte Lohnabhängige stehen mehr und mehr in direkter weltweiter Konkurrenz.

"Nach Daten des multinationalen Unternehmens Bendix (mit Sitz in South Bend/Indiana) verdiente ein typischer US-Metallarbeiter Anfang der achtziger Jahre 24 Dollar die Stunde und seine Nachfolgerin in Ohio Ende der achtziger Jahre nur noch die Hälfte davon und steht dennoch in Konkurrenz mit dem 4-Dollar-Kollegen in Brasilien. Britische (walisische oder schottische) Arbeiter sind heute billiger als südkoreanische" (PP, S.708).

Technische Arbeitslosigkeit

Die Automatisierung von Warenproduktion und Verwaltungsabläufen führt in den ehemals fordistischen Wohlfahrtsstaaten zu anhaltender und steigender Dauerarbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Diese sog. 'Technische Arbeitslosigkeit' führt a) zu Verschlechterung der Verhandlungsposition der Gewerkschaften, damit mittelfristig zu Lohnsenkungen und sinkender Massenkaufkraft, und übt b) einen erheblichen Druck auf die sozialen Sicherungssysteme aus. Dieser Druck wiegt doppelt, wo sie, wie in Deutschland, durch Lohnanteile finanziert werden.

Über diese eher unmittelbaren Folgen hinaus ist die anhaltende Massenarbeitslosigkeit jedoch von fundamentaler Problematik für unsere Gesellschaften, weil sie die Erwerbsarbeit als Normalform individueller Reproduktion grundsätzlich in Frage stellt.

Die 'Technische Arbeitslosigkeit' "führt das auf dem Arbeitswert basierende Wirtschaftssystem an seine historische Grenze. Zeigen wird sich das zunächst an Sozialstaat, Demokratie und Zivilgesellschaft. 'Der Sozialstaat ist der materiale Unterbau der formalen Demokratie'. (Alt Vater/Mahnkopf 1996, 563) Das schlimmste mögliche Szenario sieht folgendermaßen aus: Das Wegbrechen der nationalstaatlich umgrenzten Arbeitsökonomie wird die Basis des Sozialstaats und damit diesen selber aushöhlen, und dessen Aushöhlung wird die Demokratie aushöhlen. Der Zivilität wird es mehr oder weniger überall so ergehen wie schon jetzt in den Innenstädten der USA oder warum nicht in Mexico City oder Kapstadt usw." (ZIV, S.61).

Schuldenfalle und Migration

Für die weniger entwickelten Staaten und Regionen stellt sich das Problem unmittelbar in Form einer Situation, die als 'Schuldenfalle' bezeichnet wird. Die Rohstoff- und Nahrungsmittel exportierenden Staaten sind auf internationalen Kapitalzufluss angewiesen, um am Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Aufgrund der hohen Auslandsverschuldung sind sie jedoch gegenüber den strukturellen Assymetrien und Instabilitäten der Weltwirtschaft (Wechselkursschwankungen, internationale Finanzkrisen, weltweite Rezession, Exportsubventionen und Importrestriktionen der Industrieländer) besonders anfällig. Das typische Szenario einer Abwärtsspirale illustriert Haug am Beispiel der sog. Asienkrise:

"Zeitgleich mit dem Fall der Berliner Mauer war in Japan 1989 die Spekulationsblase geplatzt; seither stagnierte die wirtschaftliche Entwicklung. 1997 brach der thailändische Baht ein, und man hielt das für einen exotischen Vorgang, der weniger marginale kapitalistische Ökonomien nicht tangiere. Die Verarmungsfolgen der neoliberalen Politik führten zum Sturz der korrupten und mörderischen Diktatur Indonesiens und in der Folge zu einer tiefen Wirtschaftskrise. In Südkorea stürzte das Kreditsystem der jungen Großindustrie zusammen. Nun drehte eine verhängnisvolle Spirale sich immer rascher: Nachfrageschwund führte zum Preisverfall von Rohstoffen, einschließlich eines Massenrohprodukts wie den Halbleitern, kompetitive Abwertung nationaler Währungen sollte Marktanteile zurückgewinnen. Der Einbruch der Rohstoffpreise bedrohte den

Schuldendienst der Rohstoffexporteure. Lateinamerika und der pazifische Raum gerieten in den Sog der Krise" (WDN, S. 181).

Argentinien z.B., bis dato Musterknabe des IWF und der G7, wurde so in den Ruin und an den Rand einer Revolution getrieben.

Argentinien führte Anfang der 90er Jahre ein System fester Wechselkurse (ein Peso gleich ein Dollar) bei vollständiger Öffnung des Kapitalmarkts ein. "Das System ist fundamental gescheitert, weil Argentinien nach den Abwertungen im Gefolge der Asienkrise und insbesondere der seines Nachbarlandes Brasilien nur mit einer massiven Deflation seine Wettbewerbsfähigkeit hätte wiederherstellen können. Deflation aber geht nur über Depression, die Depression jedoch, die schließlich eintrat, verprellte die Kapitalgeber weltweit, so daß Argentinien Liquidität nur noch zu extrem hohen Zinsen bekam, obwohl es angesichts der tiefen Wirtschaftskrise extrem niedrige gebraucht hätte" (LRP, S.135).

Heute ist Argentinien faktisch bankrott und man vermutet, dass der IWF Argentinien bisher hauptsächlich aus ideologischen Gründen nicht fallen gelassen hat. Die neoliberale Sicht im übrigen macht für diesen Niedergang

"neben der 'miesigen Qualität der Politiker und des Justizapparats' die 'Defekte der Volksseele' Argentinien verantwortlich -so der Wirtschaftsleitartikel der *Neuen Züricher Zeitung* vom 12./13.1-2002" (WKT, S.26).

Zusammenfassend kann man sagen: Der unvermittelte Anschluss an den Weltmarkt führt in der Regel zu einem 'Ausbluten' weniger konkurrenzfähiger Volkswirtschaften oder Wirtschaftsräume. Während die 'Filetstücke' von transnationalen Konzernen übernommen und verwertet werden, wird der Rest der Wirtschaft unter dem Konkurrenzdruck des Weltmarkts marginalisiert. Es folgen Arbeitslosigkeit, Verarmung und Migration. Wie dieses praktisch vor sich geht, konnte man am Beispiel des Anschlusses der DDR an die BRD beobachten, wobei zu bemerken ist, dass die DDR-Wirtschaft nicht gerade zu den schwächsten Volkswirtschaften weltweit gezählt werden konnte.

Die Verantwortung der Linken

Nicht die Globalisierung an sich, sondern die neoliberale Globalisierung ist es, die zu solchen Verwerfungen führt. Woran aber liegt es, daß das neoliberale Glaubenssystem trotz der vielen offensichtlich katastrophalen Folgen, welche die Anwendung seiner Regeln mit sich bringen, kaum etwas von seiner ideologischen Kraft verloren zu haben scheint? Haug meint, daß daran die Linke nicht ganz unschuldig ist.

"Die Zähigkeit, mit der er sich aus den von ihm verschuldeten Krisen immer wie er erhebt oder sich seine Oppositionen - die Sozialdemokraten, die Grünen - anverwandelt, erklärt sich genau damit, dass er das politische Management jener wissenschaftlich-technischen Revolution in kapitalistischer Form zu seiner Sache gemacht hat. Dass er es ist, der den Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise betreibt, erklärt seine hegemoniale Kraft. So erklärt sich auch die neoliberale 'Konversion' der Sozialdemokraten unter Clinton-Blair- Schröder. Allzulange hat die Linke sich in der Verteidigung der fordistischen Errungenschaften eingerichtet. Im Namen des Sozialstaats hat sie dadurch der Rechten das Geschenk eines produktiven Monopols gemacht. Mangels schöpferischer sozialer oder sozialistischer Konzeptionen der Gestaltung des Übergangs zu der durch die Hochtechnologien ermöglichten Produktions- und Lebensweise musste die im Dienste des Finanzkapitals und der global players entwickelte Konzeption den Sieg davontragen. Was man den Clinton-Blair-Schröder vorwerfen kann, ist die opportunistische und geradezu panische Weise, in der sie auf den neoliberalen Zug aufgesprungen sind. Einzuräumen ist jedoch, dass die sozialistische und kommunistische Linke und vor allem die Gewerkschaften zu jener konzeptionellen Leere beigetragen haben, ohne die diese rückhaltlose Anpassung unverständlich wäre. Dass diese Anpassung nicht von sozialen Offensiven begleitet ist, hat Gerhard Schröder den Beinamen 'Genosse der Bosse' eingetragen" (NIN, S. 440f.).

Literatur

- ARB W.F. Haug: Die Arbeit neu erfinden. In: W.F. Haug: Politisch richtig oder richtig politisch, Berlin/Hamburg 1999.
- GRA W.F. Haug: Was ist von Gramsci zu lernen für einen neuen Internationalismus? In: W.F. Haug: Politisch richtig oder richtig politisch, Berlin/Hamburg 1999.
- LRP H. Flassbeck: Lehrstück am Rio de la Plata. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2002.
- NF B. Jessop: Nach dem Fordismus. Das Zusammenspiel von Struktur und Strategie. In: Das Argument 239, Berlin/Hamburg 2001.
- NIN W.F. Haug: Nichts ist neu, und alles ist anders - Globalisierung und Terror. In: Das Argument 242, Berlin/Hamburg 2001.
- PP D. Leborgne & A. Lipietz: Postfordistische Politikmuster im globalen Vergleich. In: Das Argument 217, Berlin/Hamburg 1996.
- WDN W.F. Haug: Wider den Neoliberalismus - aber wie? In: W.F. Haug: Politisch richtig oder richtig politisch, Berlin/Hamburg 1999.
- WKT W.F. Haug: Weltkrieg gegen den Terror? In: Das Argument 244, Berlin/Hamburg 2002.
- ZIV W.F. Haug: Aussichten der Zivilgesellschaft. In: W.F. Haug: Politisch richtig oder richtig politisch, Berlin/Hamburg 1999.